

## Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt der Stadt Gronau 2024

(15.5.2024; es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen and Bürger,

Wir haben heute eine schwierige Entscheidung zu treffen. Der vorliegende, in den vergangenen Monaten vielfach überarbeitete Entwurf zum Haushalt der Stadt Gronau 2024 ist weiterhin *umstritten*. Wir Bündnisgrünen plädieren dafür die Situation *mit Vernunft* und *in Ruhe* zu betrachten. Unsere Position dazu ist klar. Ich möchte sie mit **vier Punkten** kurz erläutern:

**Erster Punkt:** Ein *städtischer Haushalt funktioniert anders als ein Familienhaushalt*. Das ist wichtig zu verstehen! Wenn eine Familie einen Kredit für Haus oder Urlaub aufnimmt, muss sie den auch wieder abtrottern.

Der Staat allgemein allerdings und die Stadt Gronau im Besonderen brauchen Geld aus Steuern und Krediten, um das **Funktionieren wichtiger Infrastrukturen** zu garantieren – also Straßen, ÖPNV, Schulen, medizinische und soziale Einrichtungen, Umwelt- und Klimaschutz.

Ohne solche öffentlichen, städtischen Vorleistungen müssten Familien und Unternehmen selbst privat dafür sorgen, dass diese wichtigen Einrichtungen funktionieren, doch die hohen Kosten dafür könnten sich nur wenige leisten.

Insgesamt wird die Stadt Gronau 2024 etwa *180 Millionen Euro* ausgeben. Wenn Staat und Stadt

investieren – auch kreditfinanziert – dann sollen letztlich *alle* etwas davon haben. Arbeit, Bildung, Gesundheit, Umsatz werden *unterstützt* und schließlich auch *Steuereinnahmen* erzeugt, die dann wieder dem städtischen Haushalt zugutekommen.

**Zweiter Punkt:** Dabei fließt übrigens ungefähr die Hälfte aller städtischen Ausgaben in sogenannte pflichtige „**Transferleistungen**“ zur Daseinsvorsorge (in Gronau 2024 fast 90 Mio. Euro). Das sind Ausgaben für Bildung, Soziales, Gesundheit, die von Bund, Land und Kreis geregelt und den Kommunen dann übertragen werden. Aus unserer Sicht sind diese Ausgaben überwiegend notwendig und sinnvoll. Leider aber wird der Stadt *nur ein Teil dieser Kosten von Bund und Land vergütet*.

Der *Differenzbetrag*, den die Stadt selbst beisteuern muss, wächst seit Jahren, ohne dass die lokale Politik daran was ändern könnte. Das zeigt die „mittelfristige Finanzplanung“, also die rückblickende und vorausschauende Budgetierung. Hier ist eine grundlegende Reform nötig, die wir auf Bundes- und Landesebene über die dortigen Parlamente erreichen müssen.

So eine Reform müsste auch ein *bizarres Strukturproblem* beseitigen, das sich in *Gronau* mehr als vielen anderen Kommunen im Münsterland stellt: die Stadt erzielt relativ *hohe Einnahmen aus der Gewerbesteuer*, die von hier ansässigen Unternehmen gezahlt wird. Deshalb muss die Stadt relativ *höhere Umlagen* an den Kreis und den Bezirk zahlen. Aber zugleich liegen die Einkommen der Privathaushalte in Gronau *unter* dem Durchschnitt, was zu *geringeren* Steuereinnahmen der Stadt aus

der *Einkommensteuer* führt – und übrigens auch für geringere Kaufkraft der Bürger:innen.

**Dritter Punkt:** Um halbwegs nachhaltig, attraktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht die Stadt Gronau dringend gezielte, **strategische Investitionen**. Dazu gehören die Modernisierung und der Ausbau von Kitas, Schulen (inklusive OGS), die Attraktivierung der Gronauer und Eper Zentren und der Ausbau klimafreundlicher Verkehrsinfrastruktur.

Das sind ganz normale Investitionen in die Funktionsfähigkeit einer Stadt in der Größe von Gronau. Hier wird kein Geld verprasst, sondern verantwortungsbewusst eingesetzt, zum Wohl der Bürger:innen, vor allem der künftigen Bewohner:innen dieser Stadt.

Zur Attraktivierung der Gronauer Innenstadt gehört ganz entscheidend auch das am Kurt-Schumacher-Platz geplante **Gesundheitszentrum**. Das hat dieser Rat im Mai vergangenen Jahres mit großer Mehrheit beschlossen. Hier fordern manche bekanntlich einen *sofortigen Stopp* des Projektes und setzen auf privatwirtschaftliche Lösungen anderswo. Mit einem Stopp würden wir zwar *kurzfristig* die anfallenden Planungs- und Baukosten einsparen. Doch die *Steuerlast* der Bürger:innen würde dadurch *nur geringfügig verringert*.

Viel größer wäre der *Schaden für die Entwicklung der Innenstadt* und für die *künftige medizinische Versorgung* der Menschen Gronaus – erst letzte Woche berichteten die WN von einem erwarteten dramatischen Ärztemangel, vor allem im ländlichen Raum.

Wir halten also an unserer *Position fest, aus drei Gründen:*

- A. An zentralem Ort in der Stadtmitte wird das Gesundheitszentrum ein **wichtiger Baustein der medizinischen Versorgung** der Gronauer Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten sein.
- B. Das Zentrum sendet ein **sichtbares Signal der städtebaulichen Erneuerung am Kurti**. Nachdem privatwirtschaftliche Investitionspläne gescheitert sind, brauchen wir endlich diesen Impuls durch *öffentliche Träger, um künftig auch wieder private Investoren zu ermuntern*.
- C. Da die *Verwaltung selbst zu wenig eigene Bearbeitungskapazität* hat (erst recht nach weiteren Stellenstreichungen), wird die **QEG mit ihrer professionellen Geschäftsführung gebraucht**. Als städtische Gesellschaft erlaubt die QEG durch ihre Gremien den *Ratsfraktionen weitgehende Mitsprache*. Wir halten das für wichtig!

**Vierter und letzter Punkt:** Wie gesagt, es gibt viel zu tun und zu finanzieren in Gronau, wenn diese wachsende Stadt attraktiv bleiben soll. Brauchen wir dazu eine **Erhöhungen der kommunalen Steuern? Unsere Antwort lautet: JA!**

Jahrelang hat eine Mehrheit im Stadtrat diese Notwendigkeit *ignoriert*, trotz regelmäßiger *Warnungen des Kämmers*. Auch im vergangenen Jahr hat der Kämmers – damals noch mäßige – Erhöhungen der Steuern angemahnt, doch davon wollten die meisten Ratsfraktionen nichts wissen. Denn das wollen ihre Wähler:innen angeblich nicht.

Jetzt haben wir den Salat, wir müssen rauf mit den Steuern, vermutlich nicht nur in diesem Jahr.

Uns geht es um ein funktionierendes Gemeinwesen, eine Stadt, die lebenswert ist und zukunftssicher, auch in Zeiten des Klimawandels, geopolitischer Bedrohungen und des nachhaltigen Umbaus unserer Industriegesellschaft. Das verlangt Investitionen, die unter anderem *auch aus kommunalen Steuern finanziert* werden müssen.

Wir plädieren an Bürgerinnen und Bürger, sich für dieses Gemeinwesen einzusetzen. *Das eigene Portemonnaie darf nicht zum einzigen Maßstab für gute Kommunalpolitik werden!* Ein gutes städtisches Gemeinwesen kostet Geld und Arbeit, in Gronau und anderswo. Wer wegen solcher Kosten und Steuern die Stadt verlassen möchte, wird *schwerlich anderswo* Orte finden, wo *Milch und Honig kostenlos* fließen.

So weit zu unserer Position an dieser Stelle. Mehr zum Thema finden Sie auf unserer *Website* und in unserem *Podcast „Gronau geht grüner“* (bei Spotify, YouTube und Apple).

Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion,  
*Dr. Stefan Kuhlmann-Eckel*